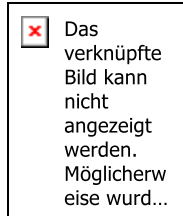


Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung

Niederschrift

über die 15. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung
am 05.04.2022 im Kreistagssaal der Kreisverwaltung Teltow-Fläming,
Am Nuthefließ 2, 14943 Luckenwalde

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzender

Herr Hans-Stefan Edler

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Robert Trebus	unentschuldigt
Herr Detlev von der Heide	
Herr Dr. Gerhard Kalinka	unentschuldigt
Herr Olaf Manthey	
Frau Monika Nestler	
Herr Jörg Niendorf	
Herr Dr. Rüdiger Prasse	
Frau Ines Seiler	

Sachkundige Einwohner

Herr Detlef Klucke	entschuldigt
Herr Peter Kramer	unentschuldigt
Herr Rico Oppitz	
Herr Bernd Wendlandt	unentschuldigt
Herr Klaus Wigandt	unentschuldigt

Verwaltung

Frau Kornelia Wehlan, Landrätin
Herr Johannes Ferdinand, Beigeordneter, Leiter des Dezernates I und Kämmerer
Frau Dietlind Biesterfeld, Beigeordnete und Leiterin des Dezernates III
Herr Siegmund Trebschuh, Leiter des Dezernates IV und Leiter des Amtes für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung
Frau Ilka Leistner, Amtsleiterin des Hauptamtes
Herr Hubert Grosenick, Amtsleiter des Straßenverkehrsamtes

Frau Anett Thätner, Amtsleiterin des Kataster- und Vermessungsamtes
Herr Jean Kammer, Sachgebietsleiter Kreisentwicklung im Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung
Frau Uta Schelinski, Sachbearbeiterin Widerspruchsverfahren in der Unteren Bauaufsichtsbehörde, Sachgebiet Rechtliche Bauaufsicht
Herr Silvio Kahle, Sachbearbeiter Aus- und Fortbildung im Ordnungsamt, Sachgebiet Brand- und Katastrophenschutz
Frau Verena Mehlis, Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung, Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:58 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Niederschriften der Sitzungen vom 05.10.2021 und 07.12.2021
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 5 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 6 Berichte aus der Fluglärmkommission
Beschlussvorlagen
- 7 Haushaltssatzung 2022 6-4698/22-I
- 7.1 Ausführungen und Berichterstattung durch den Beigeordneten und Kämmerer
- 7.2 Erläuterungen zur Planung der Produkte in Zuständigkeit des Ausschusses
- 8 Prioritätenliste der investiven Maßnahmen 2022 6-4699/22-I
- 8.1 Ausführungen und Berichterstattung durch den Beigeordneten und Kämmerer
- 8.2 Erläuterungen zu Investitionen in Zuständigkeit des Ausschusses (Hauptamt, Ordnungsamt, Untere Bauaufsichtsbehörde, Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung)

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung

Herr Edler eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Da keine Einwendungen gegen die Tagesordnung vorliegen, erklärt sich der Ausschuss mit dieser einverstanden.

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschriften der Sitzungen vom 05.10.2021 und 07.12.2021

Herr Edler lässt über die Niederschriften vom 05.10.2021 und 07.12.2021 abstimmen. Zu beiden sind keine Einwendungen signalisiert worden. Demzufolge gelten diese als genehmigt.

TOP 3

Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner anwesend, die Fragen stellen möchten, so dass sich auch die Information über die Erhebung von personenbezogenen Daten gemäß Art. 13 der EU-DSGVO durch den Ausschussvorsitzenden erübrigt.

TOP 4

Mitteilungen der Verwaltung

Herr Trebschuh informiert über die öffentliche Auslegung des Entwurfs des Regionalplans im Zeitraum vom 10.03. bis zum 10.05.2022 im Landkreis Teltow-Fläming, Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung, Sachgebiet Kreisentwicklung, Zinnaer Straße 34.

TOP 5

Anfragen der Ausschussmitglieder

Frau Seiler, welche die Nachfolge von Herrn Jansen antritt, stellt sich als neues Mitglied des Ausschusses vor.

Ihre erste Anfrage bezieht sich auf eine Information aus dem Landkreis Dahme-Spreewald, dass dieser 1,2 Mio. € für Geflüchtete aus der Ukraine und hoffentlich auch anderen Regionen der Welt zur Verfügung stellt. **Frau Seiler** hätte gern erfahren, wie dahingehend der Stand der Planung hier im Landkreis ist und welche Summe gegebenenfalls dafür im Raum steht.

Dazu entgegnet **Frau Wehlan**, dass mit aktuellem Stand knapp 1.500 Flüchtlinge über die Ausländerbehörde des Landkreises Teltow-Fläming registriert wurden. Damit verbunden besteht ein erheblicher Bedarf, die Bereiche Soziales und Ausländerbehörde zu verstärken. Sie verweist hier auf die Änderungssachverhalte, die am 2. Mai 2022 im Zusammenhang mit der Haushaltsplanung 2022 vorliegen werden, insbesondere das, was sich stellenplanmäßig, aber auch finanziell abbilden wird. Des Weiteren wird zu diesem Zeitpunkt auch das Thema „Richtlinie für die Unterstützung der privaten Wohnmöglichkeiten für ukrainische Flüchtlingsfamilien“ aufgeworfen, welches gleichfalls finanziell abgebildet werden muss und von **Frau Wehlan** näher erläutert wird. Gegenwärtig laufen dazu entsprechende Diskussionen innerhalb der Verwaltungsleitung.

Frau Wehlan verweist auf die im Hause bestehende Arbeitsgruppe „Unterbringung“, die von Frau Biesterfeld geleitet wird. Die Thematik der Zurverfügungstellung von Wohnungen oder anderer Unterbringungsformen erlangt zunehmend an Bedeutung.

Die Landrätin hebt hervor, dass die Unterstützung kurzfristiger Art natürlich sehr groß ausgebildet ist, aber es sich mittel- und auch längerfristig um Sachverhalte handelt, welche die eigenen Familienverbände betreffen. Eine konkrete Zahl würde den Kreistagsmitgliedern dann mit dem Änderungsantrag vorgelegt werden. Der Kämmerer ist derzeit, gemeinsam mit den Fachbereichen, dabei, nochmals Zahlen zu verifizieren, die notwendig sind, um dem neuen Preisdruck im Zusammenhang mit den Verwaltungsgebäuden, aber auch, was die Aufgaben des Landkreises betrifft, z. B. Schulen, Rechnung zu tragen.

TOP 6

Berichte aus der Fluglärmkommission

Frau Biesterfeld informiert darüber, dass die Fluglärmkommission nunmehr wieder regelmäßig tagt, und zwar online an 2 Terminen, nachdem dieses in den ersten beiden Corona-Jahren entfiel.

Die letzten Sitzungen der Fluglärmkommission fanden am 24.02. und am 16.03.2022 statt. Hier ging es, was das Fliegen und den Fluglärm anbetrifft, überwiegend um Themen und um Ereignisse, die sich im Osten des Flughafens abspielen, welches näher von ihr erläutert wird. In Bezug auf die Einhaltung der sogenannten „Hoffmann-Kurve“ beim Abflug in Richtung Osten hat sich die Fluglärmkommission in der vorletzten Sitzung dazu entschieden, eine Arbeitsgruppe einzurichten mit Vertretern der Flugsicherung und Vertretern von Airlines, aber auch Vertretern von den betroffenen Kommunen. Diese Arbeitsgruppe wird sich damit auseinandersetzen, wie man durch technische Vorrichtungen oder durch andere Anordnung von Seiten der Flugsicherung bei diesen Abflugverfahren sicherer fliegen kann. In dieser Arbeitsgruppe geht es auch um die Frage, ob sich Vorschläge oder Verfahren entwickeln lassen, die eine bessere Spurtreue sowie bessere Einhaltung der Höhenprofile an- und abfliegender Luftfahrzeuge am BER eröffnen. Die daraus erarbeiteten Ergebnisse könnten dann sicherlich auch im Bedarfsfall für den Westen des Flughafens nutzbar gemacht werden.

Das andere Hauptthema war die geplante neue Entgeltordnung, die die Flughafengesellschaft dem Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg (MIL) zur Genehmigung vorgelegt hat. **Frau Biesterfeld** verweist darauf, dass es einer Genehmigung durch das zuständige Ministerium bedarf, wenn der Flughafen seine Preise ändern will. Hierzu wurde die Fluglärmkommission angehört und hat zu dieser Entgeltordnung eine Stellungnahme abgegeben. **Frau Biesterfeld** ist gern bereit, diese Stellungnahme bei bestehendem Interesse auch den Ausschussmitgliedern zukommen zu lassen. Sie erklärt dazu, dass es zum großen Teil begrüßt wird, dass die FBB umstellen möchte von flugklassenabhängigen Lärmrentgelten auf einzellärmereignisbezogene Lärmrentgelte. Dennoch wurde in der Stellungnahme auf einzelne Punkte hingewiesen, die weiter beobachtet werden sollten und dass die Entgeltordnung, diese Punkte betreffend, noch fortentwickelt wird. Daher wird innerhalb von kurzer Zeit nach Inkrafttreten der Entgeltordnung deren Evaluierung gefordert, um entsprechende Nachsteuerungen vornehmen zu lassen.

Herr Edler befürwortet das fluglärmbezogene Entgelt, fragt jedoch an, ob dieses nicht entscheidend davon abhängig ist, wie die Messstellen kalibriert werden und wer diese bedient bzw. abliest.

Frau Biesterfeld verweist hier auf die bereits jetzt unterschiedlich vorhandenen Apps im Internet. Aus diesen lässt sich nachvollziehen, wo geflogen wird. Des Weiteren hat die FBB ein weit ausgebreitetes, differenziertes Lärmmessstationennetz, wo diese Messungen vorgenommen werden. Über die Kalibrierung dieser Stationen kann **Frau Biesterfeld** keine Aussagen treffen, wird die Frage jedoch mit in die Fluglärmkommission nehmen.

Beschlussvorlagen

TOP 7

Haushaltssatzung 2022 (6-4698/22-I)

TOP 7.1

Ausführungen und Berichterstattung durch den Beigeordneten und Kämmerer

Herr Ferdinand führt in den Tagesordnungspunkt ein und stellt anhand einer detaillierten Power-Point-Präsentation (im Ratsinformationssystem einsehbar) aktuelle Aspekte zum Haushaltsplan vor, welche zum Zeitpunkt der letzten Kreistagssitzung eventuell noch nicht geläufig waren.

Er geht zunächst näher darauf ein, dass es der kommunalen Ebene, wie den Kreisen und den Kommunen, allgemein gut geht und führt dazu einen Vergleich zwischen 2010 und 2022 zu den Steuern und Schlüsselzuweisungen, aber auch den Anteilen an der Einkommens- und Umsatzsteuer an, wo eine Verdopplung dieser Umlagegrundlage zu verzeichnen ist.

Des Weiteren verweist **Herr Ferdinand** auf die Corona-Jahre 2020 und 2021 und die mit diesen verbundenen Gegebenheiten, z. B. den „Corona-Rettungsschirm“. Nach Ansicht des **Kämmerers** hat insgesamt jedoch ein fairer Ausgleich stattgefunden zwischen der Finanzausstattung der Gemeinden und dem, was der Landkreis abschöpft.

Herr Ferdinand betont, dass man sich momentan relativ nah an den Jahresabschlüssen befindet und bezieht sich auf die bevorstehende Verabschiedung des Jahresabschlusses 2021.

Ferner geht **der Kämmerer** auf die Kreisumlagezahlungen der Gemeinden ein und erläutert hierzu, dass der Landkreis im Gegenzug sich in erheblichem Maße auch an den Leistungen für die Bürger beteiligt. So werden mit Unterstützung des Landes auch die Tageseinrichtungen für Kinder, wie Kindergärten und Horte, aber auch Schulen gefördert. Der ÖPNV wird mit 13 Mio. € unterstützt. Die aufgezeigten Beispiele bestätigen, dass der Landkreis mit der Kreisumlage einen guten Zweck verfolgt und offensichtlich auch erreicht.

Herr Ferdinand verweist auf die durchaus unterschiedliche Finanzausstattung in den einzelnen Gemeinden, geht auf die Investitionen des Landkreises im Zeitraum von 2015 bis 2020 ein und auf die einzelner Gemeinden bzw. Städte.

Frau Seiler führt als Beispiel aus der Präsentation des Herrn Ferdinand die Gemeinde Blankenfelde-Mahlow an, welche 132 Mio. € an Kreisumlage im Zeitraum 2015 bis 2022 gezahlt hat und davon 55 Mio. € investierte. **Frau Seiler** fragt an, ob es eine prozentuale Aufschlüsselung gibt, wie viel wieder von der Kreisumlage investiert wird in die Kommunen. Darauf antwortet **Herr Ferdinand** detailliert. Er bemerkt jedoch, dass es hier nur eine überschlägige Verfahrensweise geben kann und betrachtet dieses anhand von Beispielen als eine gewisse Herausforderung. **Der Kämmerer** hält hier einen Blick auf die Investitionsquote der Landkreise im Land Brandenburg für sinnvoll. Er sieht seines Erachtens keine großen Probleme im Ergebnisbereich. Jedoch geht er davon aus, dass der Landkreis investieren muss, solange es noch möglich ist.

Herr Ferdinand erwähnt, dass man sich beim Abwägungsprozess mit dem Finanzbedarf des Landkreises und dem Finanzbedarf der Kommunen beschäftigt hat, um einen stabilen Ergebnishaushalt darstellen zu können. Er bezieht sich auf die Rücklagen, die momentan 28 Mio. € betragen.

Herr Ferdinand geht näher auf einzelne Produktbereiche ein, bei denen höhere Kostensteigerungen zu verzeichnen sind. Er bezieht sich auf die Konsequenzen, die auf den Landkreis Teltow-Fläming zukommen könnten im Falle des Ausbruchs der Afrikanischen Schweinepest und führt hier als Beispiel die Verhältnisse im Landkreis Märkisch-Oderland an. Dieses würde einen Nachtragshaushalt mit sich bringen. Dennoch wurde sich darauf verständigt, nicht irgendwelche Eventualkosten, wie auch bei der Geflügelpest, zu berücksichtigen, da zunächst den Kommunen das Geld dafür abgeschöpft werden müsste, denen es dann nicht zur Verfügung steht.

Berücksichtigt wurden zum momentanen Zeitpunkt noch nicht die Effekte aus dem Ukraine-Krieg, also die Bereitstellung von zusätzlichem Personal im Sozialbereich. Eventuell könnte eine Situation eintreten, in der der Landkreis zunächst eine Vorfinanzierung gegenüber dem Land für die Unterbringung der Flüchtlinge gewährleisten muss.

Hinsichtlich der Berücksichtigung der Inflation gibt **Herr Ferdinand** den Energiepreiseinfluss für Gas und Fernwärme zu bedenken und bezieht diesen auf die eigenen Liegenschaften, wie Schulen. Er verweist hier im Rahmen der Beschlussfassung im Kreistag am 02.05.2022 auf die dahingehenden Änderungen zum eingebrachten Haushalt.

Weiterhin geht **der Kämmerer** auf den Finanzhaushalt und die Mittelfristfinanzplanung ein, worüber auch im Kreistag berichtet wurde. Der Landkreis wird bei seinem Investitionsprogramm Kredite in Anspruch nehmen müssen, welche bereits ab 2023 fällig werden. **Herr Ferdinand** betont, dass Investitionen nicht mit Kassenkrediten refinanziert werden dürfen, sondern es sind dazu auf jeden Fall die entsprechenden Genehmigungen, auch vom Ministerium, einzuholen.

Er geht weiter auf die Auszahlungen beim beweglichen Vermögen ein, denen oftmals eine Gegenfinanzierung, unter anderem durch Förderungen, zugrunde liegt. Hier werden von ihm der reguläre Ersatz und Neubeschaffungsbedarf im Schulmobiliar-Bereich und bei Unterrichtsmitteln, Software und Lizenzen, aber vor allem der DigitalPakt Schule hervorgehoben. Auch bei den Investitionen in den ÖPNV und der Breitbandinitiative Teltow-Fläming ist mit einem hohen Gegenfinanzierungsanteil zu rechnen. Als eigenes Projekt wird eine deutliche Verstärkung der eigenen IT-Technik anvisiert. **Herr Ferdinand** verweist diesbezüglich auf einen Landkreis aus einem Nachbarbundesland, der Ziel von Hackern geworden ist und die elektronische Datenverarbeitung über 3 Monate komplett gestört hat. So konnten in dieser Zeit z. B. keine Auszahlungen erfolgen und auch keine Bescheide erstellt werden. Dieses soll unserem Landkreis auf jeden Fall erspart bleiben.

Im Katastrophenschutz sind der Ausbau des Sirennetzes, die Modernisierung des Alarmierungsnetzes und auch die Erneuerung des Notstromaggregates vorgesehen.

Herr Ferdinand geht zum unbeweglichen Vermögen über und verweist hier auf die eigenen Liegenschaften des Landkreises, also weitgehend Schulen. Er hebt hier insbesondere den gut gelungenen Neubau einer Schulsporthalle in Ludwigsfelde hervor.

Der Kämmerer gibt Auskünfte zur Mittelfristfinanzplanung bis 2025 und legt dar, dass hier Kreditaufnahmen notwendig sind. Gleichzeitig verweist er auf die 10-Jahres-Planung zu den Investitionsprojekten des Landkreises, welche anhand einer großen Übersicht am Eingang des Kreistagssaales einsehbar ist. **Herr Ferdinand** hebt nochmals die Schulen hervor, in denen Brandschutz, Barrierefreiheit, energetische Sanierung, aber auch Platzverweiterungen Schwerpunkte sind. Momentan besteht dahingehend die Überlegung, sich bei 3 Förderschulen um Alternativen zu bemühen.

Weiterhin werden von **Herrn Ferdinand** das Graue-Flecken-Programm, die Umsetzung des Radverkehrskonzeptes, der Umstieg auf emissionsarme Antriebe, die Runderneuerung des Museumsdorfes Glashütte, aber auch die Entwicklung bzw. -erweiterung des Biotechnologieparks erwähnt.

Zu guter Letzt informiert **Herr Ferdinand** darüber, dass der Haushalt, auch mit den Änderungsperspektiven, sehr positiv aufgenommen wurde. Er freut sich, dass er diesen im Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung nochmals vorstellen konnte und erwartet dahingehend die Fragen der Ausschussmitglieder.

Wortmeldungen zum Vortrag des Kämmerers sind nicht vorhanden.

TOP 7.2

Erläuterungen zur Planung der Produkte in Zuständigkeit des Ausschusses

Herr Dr. Prasse schlägt im Hinblick auf die umfangreichen Listen zu dieser Thematik und deren Beurteilung vor, zu jedem Produkt darüber zu informieren, wie sich denn die Pflichtaufgaben entwickelt haben, ob diese zu- oder abgenommen haben. Weiterhin hätte er gern erfahren, ob das Geld, das momentan eingeplant ist, unter der Berücksichtigung, dass die Pflichtaufgaben möglicherweise im Umfang zugenommen haben, ausreichend ist. Gleichfalls möchte er gern wissen, ob es Pflichtaufgaben gibt, die durch höhere Geldzuwendungen beschleunigt werden und damit für den Bürger besser erträglich wären. Im Falle der Mitteilung dieser Informationen zu jedem Produkt wäre **Herr Dr. Prasse** ausreichend zufriedengestellt und würde auf die einzelnen Details verzichten. Dieses würde nach seiner Ansicht eine Erleichterung der Abhandlung der Thematik darstellen.

Frau Wehlan weist darauf hin, dass die Haushaltsdiskussion hier ein langwieriger Prozess ist, der für den Haushalt 2022 auch länger gedauert hat, als er ursprünglich vorgesehen war, welches verschiedene Gründe hatte. Die Landrätin erörtert kurz die Verfahrensweise zur Haushaltsplanung und betont, dass alles das, was an Pflichtaufgaben zu erfüllen ist, auch erfüllt werden muss.

Des Weiteren betont **Frau Wehlan**, dass es in den Dezernatsbereichen auch Sachverhalte gibt, die den freiwilligen Maßgaben unterliegen. Diese müssen jedoch mit Beschlüssen des Kreistages unterlegt sein, was näher von ihr erläutert wird.

Frau Wehlan geht davon aus, dass jeder, der ein Produkt verantwortet, auch das Signal geben kann, um welches Herr Dr. Prasse gebeten hat.

Herr Trebschuh erörtert die Verfahrensweise zur Darstellung der einzelnen Produkte und erklärt, dass man in Absprache mit dem Ausschussvorsitzenden darauf vorbereitet ist.

Herr Edler verweist auf die im Ratsinformationssystem einsehbare Zusammenstellung der einzelnen Produkte, ruft diese nacheinander auf und bittet die Verantwortlichen darum, dahingehend vorzutragen.

Dezernat I

Hauptamt

Produkt 111180, Neu-, Aus- und Umbau von Gebäuden

Zu diesem Produkt gibt es keine Anmerkungen.

Produkt 111190, Grundstücksangelegenheiten

Frau Leistner beschreibt das Produkt und erklärt, dass es sich hierbei hauptsächlich um die Vermietung, Verwaltung, Verpachtung kreiseigener Gebäude und Liegenschaften handelt, welches näher von ihr erläutert wird.

Nach einer internen Diskussion zu erbetenen Zahlen unterbreitet **Herr Trebschuh** den Vorschlag, dass jeder Produktverantwortliche seine Zahlen erläutern sollte. **Frau Leistner** möchte jedoch nur bei eventuellen Fragen Erklärungen dazu abgeben und legt dieses an einem Beispiel dar.

Herr Edler bittet darum, einige erläuternde Worte zu jedem Produkt, wie Besonderheiten, die in diesem Jahr auftreten, anzugeben.

Herr Niendorf hat eine Frage zum ordentlichen Ergebnis (S. 344, lfd. Nr. 22). Ihm bereitet der Abfall der Zahlen in den Minusbereich in den Nachfolgejahren ab 2020 Sorge.

Herr Grosenick entgegnet darauf, dass die privaten Leistungsentgelte gesunken, die Aufwendungen jedoch gestiegen sind, was von **Frau Leistner** bekräftigt wird. **Frau Leistner** kann das Ansinnen des Herrn Niendorf schwerlich nachvollziehen, da die Angaben direkt aus dem Haushaltsplan gezogen wurden, dahinter jedoch zahlreiche Konten hinterlegt sind.

Herr Niendorf betrachtet die Abnahme der Rücklagen in den Jahren 2021 bis 2025 mit äußerster Sorge. Hierauf muss seiner Meinung nach ein besonderes Augenmerk gelegt werden. In Bezug auf Einsparungen hebt er hervor, dass zunächst die Pflichtaufgaben zu tätigen sind, bevor zu den freiwilligen Aufgaben übergegangen werden kann. Die Planung des Kämmerers suggeriert jedoch allen, dass der Landkreis in den nächsten Jahren finanziell in den Minusbereich abfallen wird.

Herr Ferdinand betont, dass es keine gedeckelte Kreisumlage gibt, da es sich bei dieser um eine Fehlbedarfsfinanzierung handelt. Dazu erläutert er, dass bei einem vom Landkreis festgestellten Fehlbedarf, also einer Differenz zwischen Aufwand und Ertrag, dieser berechtigt und sogar verpflichtet ist, die entsprechenden fehlenden Mittel von den Kommunen abzuschöpfen. Dieses wird detailliert von ihm erläutert.

Die große Herausforderung wird sein, dass die Entwicklung im Aufwandsbereich auch weiterhin mit entsprechenden Entwicklungen im Ertragsbereich Schritt halten kann und ob die Kommunen in den Jahren 2023 bis 2025 in der Lage sind, diese hohen Einkünfte, also Steuereinnahmen, zu generieren, von denen auch der Landkreis profitiert. **Der Kämmerer** bezieht sich auf die Schwierigkeiten, wie Ukraine-Krieg bzw. -krise, Flüchtlingsandrang, Corona-Langzeitfolgen, Lieferkettenunterbrechungen.

In Bezug auf die Aussage des Herrn Niendorf zum Verbrauch der Rücklagen erklärt **Herr Ferdinand** den Zusammenhang mit der Kreisumlage.

Produkt 252020, Museumsdorf Glashütte

Frau Leistner erläutert dazu, dass es sich hierbei nicht unbedingt um freiwillige Aufgaben handelt, da in Glashütte viel Eigentum vorhanden ist. Sie hebt hervor, dass 420.000 € zum Ausbau der Formwerkstatt eingestellt wurden, wovon 200.000,00 € als Förderung zu sehen sind. Gleichzeitig gibt sie Auskunft zum derzeitigen Sachstand der Bauarbeiten.

Herr Ferdinand fügt hinzu, dass eine Finanzierung der Bautätigkeiten in Glashütte ohne eine größere Drittmittelfinanzierung, also über EU-, Landes- oder Bundesprogramme, im Grunde nicht zu schultern ist.

Produkt 542010, Kreisstraßen

Frau Leistner beschreibt das Produkt, hinter welchem sich die gesamte Bewirtschaftung der Pflichtaufgabe verbirgt. Sie hebt als große Position im Aufwand unter anderem das Konto 542010.722100 hervor, welches mit einem Ansatz von 850.000,00 € versehen wurde.

Frau Leistner verweist dazu auf den Unterschied zwischen Aufwand und Investitionen. Im Aufwand ist die Erneuerung der Decke für die K 7236 von Groß Machnow nach Mittenwalde geplant, deren Baubeginn am 25.04.2022 sein wird.

Des Weiteren beinhaltet der Betrag auch die Neuordnung der Verkehrsführung des Knotenpunktes an der K 7208 in Heinsdorf.

Sofern die eingestellten Mittel dann noch ausreichen, kann gegebenenfalls eine Sanierung des Radweges an der K 7223, Gottow – Schöneweide – Scharfenbrück, erfolgen. Hier müssen jedoch die Ausschreibungsergebnisse der anderen Maßnahmen abgewartet werden.

Hinsichtlich der Fläming-Skate wurden weitere Zuwendungen beantragt. Von deren Höhe ist eine Fortführung abhängig.

Für **Herrn Dr. Prasse** erklärt sich nicht der Zusammenhang zwischen aufgezeigten Zahlenkolonnen und dazugehörigen Erläuterungen, so dass er davon ausgeht, dass zu dieser Darstellung niemand eine Beurteilung abgeben kann. Auf Nachfrage von **Herrn Edler** erläutert **Herr Dr. Prasse** die von ihm gewünschte Darstellung. Er bittet weiterhin um eine Aufforderung, in welcher Form sich die Abgeordneten dazu äußern sollen, welches von **Herrn Edler** erklärt wird.

Frau Leistner äußert sich dahingehend, dass es sich bei der aufgezeigten Darstellung um eine Zusammenfassung des Produktes in seinen Teilen handelt. Die Abgeordneten erwarten jedoch von der Verwaltung eine Information darüber, was sich in dem Produkt im Einzelnen verbirgt, welches sich jedoch in den Konten widerspiegelt. Dieses wird von **Herrn Dr. Prasse** verneint. Für ihn wäre nur wichtig, ob beispielsweise der Winterdienst gesichert ist.

Herr Trebschuh erörtert die Verfahrensweise, die für alle Beteiligten zu einem zufriedenstellenden Ergebnis führen würde. Dazu wäre es jedoch erforderlich, dass der Produktverantwortliche in Eigenregie sein jeweiliges Produkt vorstellt und die erforderlichen Maßnahmen erläutert. Die Sitzungsbetreuung kann nur das entsprechende Produkt aufrufen. Dazu wird von **Herrn Trebschuh** auf die sich in den Vorjahren bewährte Methode verwiesen.

Herr Niendorf ist der Meinung, dass allen Ausschussmitgliedern von Seiten der Verwaltung die notwendigen Unterlagen zur Verfügung gestellt wurden, um sich einen genauen Überblick zu verschaffen.

Frau Leistner hebt nochmals hervor, dass es sich hierbei um eine Zusammenfassung des Produktes handelt und man daraus nicht erkennen kann, was die Abgeordneten sehen möchten.

Auch **Frau Biesterfeld** legt nahe, dass jeder Verantwortliche sein relevantes Produkt vorstellt und auf die Besonderheiten eingeht, sofern diese vorhanden sind. Sie bezieht sich auf den Ausschuss für Landwirtschaft, in welchem die Nachfragen gleich beantwortet wurden und auf Zahlen nur zurückgegriffen werden musste, wenn es ins Detail ging.

Produkt 542030, Kreisstraßenmeisterei

Bei der Kreisstraßenmeisterei, so **Frau Leistner**, gibt es eigentlich nur das operative Geschäft. Sie erklärt, dass im letzten Jahr die Halle gebaut wurde, welche jetzt fertiggestellt wurde. Es stehen noch einige Restarbeiten aus. Sie hebt des Weiteren hervor, dass für Technik finanzielle Mittel von 95.000,00 € eingeplant wurden. Da es sich bei der Unterhaltung der Fahrzeuge gänzlich um Spezialfahrzeuge handelt, sind diese natürlich entsprechend preisintensiv.

Dezernat III

Produkt 511050, Flughafenbelange

Frau Biesterfeld erklärt, dass hinsichtlich des Produktes Flughafenbelange, welches sich im Wesentlichen aus dem Fluglärmschutzbeauftragten und der Schallschutzberatung zusammensetzt, keine Besonderheiten zu verzeichnen sind und sich im Vergleich zum Vorjahr keine Änderungen ergeben haben. Weiterhin informiert sie darüber, dass noch für Projekte im Dialogforum ein kleinerer Beitrag eingestellt wurde.

Frau Biesterfeld weist darauf hin, dass für das Ordnungsamt Herr Kahle zum Bereich Brand- und Katastrophenschutz und für die Untere Bauaufsichtsbehörde Frau Schelinski als Vertretungen anwesend sind, die zusammenfassend Aussagen über ihr jeweiliges Produkt treffen können.

Ordnungsamt **Produkt 126010, Brandschutz**

Produkt 128010, Katastrophenschutz

Bei diesen Produkten liegt kein Erläuterungsbedarf vor.

Produkt 521010, Bauordnungsverfahren

Herr Dr. Prasse gibt in Bezug auf die Untere Bauaufsichtsbehörde zu bedenken, dass er immer Beschwerden darüber hört, dass die Baugenehmigungen so lange brauchen, was aber durch Geld nicht zu lösen sein wird.

Dazu äußert sich **Frau Biesterfeld**. Sie erklärt, dass an einigen Punkten daran gearbeitet wird, die Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, insbesondere im IT-Bereich, was die Schnelligkeit der Server betrifft, aber auch die Lösung des Problems der Personalbeschaffung. **Frau Biesterfeld** betont, dass in der Bauaufsichtsbehörde und der Ableistung der Pflichtaufgaben an sich die Arbeit auskömmlich organisiert ist. Die Bauaufsicht ist sogar einer von den wenigen Bereichen in der Kreisverwaltung, wo die Erträge höher sind als die Aufwände.

Herr Manthey bezieht seine Anfrage auf die Tabelle zum Teilergebnishaushalt im Produkt Bauordnungsverfahren (ordentliches Ergebnis) und bittet um Erläuterung zur rückläufigen Tendenz vom Jahr 2020 mit ca. 1 Mio. € Plus im Gegensatz zum Jahr 2022 mit 412.950,00 € im Minus. Dieses wird sowohl von **Frau Biesterfeld** als auch von **Frau Schelinski** näher erläutert.

Frau Leistner fügt hinzu, dass sich hinter den in den Tabellen angegebenen Zahlen auch Personalkosten verbergen. Daher bittet sie darum, sich nicht mehr auf diese Seiten zu beziehen und verweist auf die sich daran anschließenden Erläuterungen.

Dezernat IV

Straßenverkehrsamt

Produkt 122070, Fahrerlaubnis- und Fahrschulwesen

Produkt 122080, Kraftfahrzeugzulassung

Produkt 122100, Verkehrssicherheit/-lenkung

Produkt 122110, Verkehrsordnungswidrigkeiten

Herr Grosenick fasst die 4 Produkte des Straßenverkehrsamtes zusammen und erklärt, dass für das Jahr 2022 keine zusätzlichen Aufgaben erwartet werden. Die Aufgaben, welche sich schon beim Kreis befinden, werden auch in diesem Jahr erledigt. Er hebt hervor, dass mit einem weiteren Anstieg der anfallenden Arbeitsmengen gerechnet werden muss. Im Bereich des Fahrerlaubnisrechts wird dieses der Pflichtumtausch der alten Führerscheine sein, welcher bereits im vergangenen Jahr anliefe. Durch den Zuwachs entsprechender Anträge zum Pflichtumtausch neben dem normalen Tagesgeschäft und der Führerscheinbeantragung wurde in diesem Jahr mit einem Stellenaufwuchs reagiert, um den Fachbereich personell aufzurüsten.

Die 2. Schwerpunktaufgabe ist die Sicherstellung des Kraftfahrzeugzulassungswesens, auch im Hinblick auf die aktuellen Rahmenbedingungen. Hier sind jedoch keine wesentlichen Änderungen zu verzeichnen. **Herr Grosenick** ist der guten Hoffnung, dass sich die Digitalisierung in diesem Bereich, also die internetbasierte Kfz.-Zulassung, weiter bei den Bürgern durchsetzt und darüber eine Entlastung erreicht wird. Er verweist dazu auf die steigende Anzahl an Zulassungen im Landkreis.

Eine weitere Herausforderung ist die Tatsache, dass das Straßenverkehrsamt seit dem vorigen Jahr wieder vollumfänglich Straßenverkehrsbehörde für das gesamte Gebiet des Landkreises ist. Die zuvor in Zuständigkeit der Stadt Zossen liegenden Teilaufgaben sind zum Landkreis übergegangen und wirken sich insbesondere bei den Anträgen im Zusammenhang mit Arbeiten im Straßenraum aus. Dieses wird von **Herrn Grosenick** anhand eines Beispiels näher erläutert.

Er hebt als wichtige Kostenposition im Straßenverkehrsamt die immense Steigerung für die Bewirtschaftung der Außenstellen hervor, welche in den letzten 3 Jahren ca. 100 % betrug. **Herr Grosenick** verweist in Bezug auf die Produkte des Straßenverkehrsamtes auf den Vorbericht zum Haushaltsplan, in welchem die Details und Zusammenstellungen dezidiert aufgeschlüsselt werden.

Bei diesen Produkten liegt kein Erläuterungsbedarf vor.

Kataster- und Vermessungsamt

Produkt 511020, Katasterangelegenheiten

Frau Thätner gibt eine kurze Zusammenfassung und erläutert, dass jede Katasterbehörde in den Landkreisen Brandenburgs seit Mitte der 90er Jahre vom Land finanziert wird. Nach einem Finanzierungskonzept fließen jedes Jahr mit leichter Steigerung ca. 2 Mio. € in den Haushalt. Hiervon werden hauptsächlich das Personal sowie die eigenen Aufwendungen und Investitionen finanziert. Zusätzlich sind Gebühreneinnahmen zu verzeichnen. Der Anspruch des Kataster- und Vermessungsamtes ist der, dass die vom Land erhaltenen finanziellen Mittel in jeder Haushaltsplanung reichen müssen, damit dem Landkreis keine Negativkosten entstehen. Auf Grund des derzeitigen Immobilienmarktes wird momentan sehr viel vermessen, so dass mit hohen Gebühreneinnahmen bei der Führung des Liegenschaftskatasters zu rechnen ist.

Frau Thätner bezieht sich auch auf die Angelegenheiten des Gutachterausschusses und seiner Geschäftsstelle. Für die Ermittlung, die Beschlüsse von Bodenrichtwerten und die Herausgabe des Grundstücksmarktberichtes werden Gebühren erhoben, welches ein nicht genau planbares Geschäft darstellt. Ansonsten ist **Frau Thätner** der Ansicht, dass die Ansätze für das Haushaltsjahr ausreichend sind, da auch zum jetzigen Zeitpunkt kein Antragseinbruch zu verzeichnen ist. Sie geht jedoch davon aus, dass eventuell der Scheitelpunkt im ganzen Flurstücksteilungs- bzw. Grenzvermessungsgeschäft mit den dazu in Rede stehenden Bodenrichtwerten erreicht ist, da die Flurstücke immer kleiner werden.

Herr Edler erwähnt hierbei die Grunderwerbssteuer, worauf **Frau Thätner** entgegnet, dass im Liegenschaftskataster die Eigentümer auch bedient und beraten werden müssen für ihre Angaben, die sie nunmehr wegen der Grundsteuer gegenüber dem Finanzamt leisten müssen. Hier ist mit einer erhöhten Nachfrage zu rechnen. Ebenso wird es sich mit den landkreiseigenen Immobilien verhalten, wozu gleichfalls die entsprechenden Grundsteuerangaben abgegeben werden müssen.

Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung

Produkt 511010, Kreisentwicklung

Herr Kammer erläutert detailliert das Produkt Kreisentwicklung mit dessen Aufgaben. Als Schwerpunkte dieses Haushaltsjahres hebt er die Arbeit am Radverkehrskonzept sowie die Planfeststellung des 2. Bauabschnitts Radweg Thyrow – Siethen hervor. Ferner wird von einer weiteren hohen Anzahl der räumlichen Planungen ausgegangen, da das Wachstum um Berlin natürlich auch Auswirkungen auf den Landkreis hat. Wie bereits von Frau Thätner erwähnt, ergibt sich aus dem Ansturm auf Erwerb von Flurstücken eine Erhöhung der Baumaßnahmen.

Für die Erstellung des Radverkehrskonzeptes wird mit einer Zuweisung von 40.000,00 € gerechnet, welche aufgesplittet wird. Im nächsten Jahr wird es dann die 2. Charge geben.

Es werden ca. 30.000,00 € für weitere infrastrukturelle Entwicklungskonzeptionen benötigt. Hierunter fällt auch die Bürgerbeteiligung zum Radverkehrskonzept, welche von der Kreisentwicklung als Unterstützung zusätzlich begleitet wird.

In diesem Haushalt ist auch mit Investitionszuschüssen der Städte Ludwigsfelde und Trebbin für den 1. Bauabschnitt Thyrow – Siethen zu rechnen, welche abgefordert werden, da dieser Bauabschnitt fertiggestellt wurde.

Im Weiteren erfolgt natürlich eine weitere Begleitung der Planfeststellung des 2. Bauabschnittes des Radweges Thyrow – Siethen. Hierfür wurden 59.000,00 € vorgesehen.

Herr Kammer hebt hervor, dass insofern alle Ansätze, die der Kämmerei unterbreitet wurden, auch im Haushalt eingestellt wurden.

Nachdem **Herr Edler** feststellen konnte, dass keine weiteren Anfragen vorliegen, verständigt er sich über den Wortlaut des Beschlusses und lässt über die Beschlussvorlage zur Haushaltssatzung 2022 Nr. 6-4698/22-I abstimmen:

Der Ausschuss empfiehlt die Haushaltssatzung 2022 mit den in seiner Zuständigkeit behandelten Produkten.

Diese Beschlussvorlage wird mit 5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen empfohlen.

TOP 8

Prioritätenliste der investiven Maßnahmen 2022 (6-4699/22-I)

TOP 8.1

Ausführungen und Berichterstattung durch den Beigeordneten und Kämmerer

TOP 8.2

Erläuterungen zu Investitionen in Zuständigkeit des Ausschusses (Hauptamt, Ordnungsamt, Untere Bauaufsichtsbehörde, Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung)

Herr Ferdinand verweist auf die sich am Ausgang des Kreistagssaales befindliche Schautafel mit allen Projekten, die sich der Landkreis in den nächsten 10 Jahren vorgenommen hat. Es sollte jedoch aktuell nur eine Empfehlung darüber abgegeben werden für die im Rahmen des Haushalts und damit in der Mittelfristfinanzplanung vorgesehenen Projekte. Er bezieht sich hierbei auf die bereits ausgehändigte Tabelle, welche die relevanten Projekte ausweist.

Bei detaillierteren Rückfragen bietet **der Kämmerer** an, diese sowohl an Herrn Kammer zu den Radwegen als auch an Frau Leistner zu den Liegenschaften, die hier zur Diskussion stehen, bzw. den Baumaßnahmen im Tiefbau/Straßenbau zu richten.

Herr Dr. Prasse stellt fest, dass laut ausgehändigter Liste ab 2026 im Hauptamt keine Investitionen mehr getätigt werden, welches von **Herrn Ferdinand** kurz erörtert wird.

Frau Leistner gibt dazu weitere Erklärungen ab und unterbreitet den Vorschlag, sich bei speziellen Fragen an sie zu wenden, da sie Aussagen zu jedem Objekt treffen kann und dahingehend vorbereitet ist.

Da auch hier keine weiteren Rückfragen zu verzeichnen sind, lässt **Herr Edler** über die Beschlussvorlage Nr. 6-4699/22-I

Prioritätenliste der investiven Maßnahmen

abstimmen, welche mit 6 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung vom Ausschuss empfohlen wird.

Herr Edler beendet damit die Sitzung, bedankt sich für die Aufmerksamkeit und wünscht allen einen schönen Heimweg.

Luckenwalde, den 15.08.2022

Edler
Vorsitzender

Mehlis
Schriftführerin